

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

Den öffentlichen Dienst in Bremen zukunftsfähig, effizient und bürgerfreundlich gestalten

Der öffentliche Dienst ist der Garant der öffentlichen Daseinsvorsorge und deckt ein breites Spektrum öffentlicher Dienstleistungen ab. Zahlreiche Behörden und Ämter übernehmen und regeln in Bremen die öffentlichen Aufgaben im Interesse und für die Bürgerinnen und Bürger. Ziel ist es, die Verwaltung in Bremen so zu modernisieren, dass sie trotz der anhaltenden Haushaltskonsolidierung und unter den Bedingungen des schnellen gesellschaftlichen Wandels leistungsfähig ist und bleibt und effizienter im Sinne der Kundinnen und Kunden arbeiten kann. Dies ist eine Grundvoraussetzung für ein wachsendes Land mit wachsenden Städten und auch ein entscheidender Standortfaktor. Grundlagen für eine moderne und bürgerfreundliche Verwaltung sind eine ausreichende Personalausstattung, soziale Kompetenz, Erreichbarkeit, effiziente und sichere Prozesse, kurze Bearbeitungszeiten und Digitalisierung. Eine bürger-nahe und dienstleistungsorientierte Verwaltung muss sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren. Dazu gehört eine zügige Terminvergabe, aber auch die Möglichkeit, außerhalb der normalen Arbeitszeit und möglichst auch von zu Hause aus Behördenangelegenheiten zu erledigen.

Bremen hat in den letzten Jahren im Bereich Bürgertelefon, e-justice, und Aufbau des Transparenz- und Serviceportals Fortschritte gemacht.

Nun gilt es weiterhin, die Herausforderung anzunehmen, die Reformen trotz knapper Mittel und jahrelanger notwendiger Personaleinsparung zu bewältigen. Ein gemeinsames Agieren mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist dabei unerlässlich.

Gerade im Bereich innerer Dienstleistungen wie im Bereich Beschaffung, Standardisierung der Endgeräte (Basis-PC) und Dokumentenmanagementsystem wurde viel erreicht.

Um eine Digitalisierung aus einem Guss zu ermöglichen hat Bremen inzwischen alle IT-Sachausgaben im Produktplan 96 zentralisiert. Die Verwendung des Geldes wird ressortübergreifend konzipiert und priorisiert.

Für die nächsten Jahre stellen sich weitere Herausforderungen:

Zu lange Bearbeitungszeiten bei den Ämtern und Dienststellenmüssen verlässlich gesenkt werden. Das lange geplante Terminmanagement muss zeitnah stufenweise eingeführt werden und Bremen muss Vorreiter sein bei der Vernetzung von Dienstleistungen. Wer Leistungen bei einer Behörde beantragt, soll den Service bekommen, dass notwendige Unterlagen z.B. über die Einkommenslage von der bewilligenden Stelle selbst herangezogen werden können. Dafür bedarf es evtl. weiteren zusätzlichen Mitteleinsatz und Gesetzesinitiativen auf Bundesebene.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, innerhalb eines halben Jahres nach Beschlussfassung

1. im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss darzulegen, mit welchen Programmen und in welchen Organisationsstrukturen Verwaltungsreformen in Bremen derzeit gesteuert werden.
2. im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss darzulegen, welche organisatorischen Projekte und Maßnahmen seit Beginn der Legislaturperiode über die Modernisierungsprogramme umgesetzt wurden und welche für die Jahre 2018/19 geplant sind.
3. im Staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss darzulegen, durch welche Begleitmaßnahmen die fristgerechte Umsetzung der Projekte und Maßnahmen unterstützt wird.
4. im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss darzulegen, durch welche Projekte und Maßnahmen ressortübergreifende Prozesse optimiert und die ressortübergreifende Zusammenarbeit gestärkt werden.
5. im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss darzulegen, inwiefern Kooperationen mit anderen Bundesländern oder in Länderverbänden zur Verbesserung bremischer Prozesse genutzt werden.
6. das Fort- und Weiterbildungsangebot für Führungskräfte, das explizit Führungsverhalten verbessern und den Umgang mit der Mitbestimmung einüben soll, im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss darzulegen und die Teilnahmequote und die Maßnahmen, die der Senat ergreift, um Führungskräfte zur Teilnahme an diesen Angeboten zu motivieren, darzustellen.
7. sicherzustellen, dass insbesondere vor den Sommerferien ein bedarfsgerechtes Terminmanagement zur Verlängerung von ablaufenden Reisepässen erfolgt.
8. einen Umsetzungsplan für die Einführung des Terminmanagements im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegen
9. Bundesratsinitiativen zu ergreifen, die eine integrierte Bearbeitung von Anträgen der Bürgerinnen und Bürger ermöglichen (Elterngeld, Wohngeld, ...) und im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss darüber zu berichten.
10. im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss darzulegen, welche Projekte und Maßnahmen seit Beginn der Legislaturperiode aus dem zentralen IT-Budget finanziert wurden und wie diese aus heutiger Sicht inhaltlich bewertet werden.
11. gegenüber dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss darzulegen, welche Projekte und Maßnahmen nach Auffassung des Senats in den Haushalten 2018/19 aus dem zentralen IT-Budget finanziert werden sollen.
12. im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss einen Sachstandsbericht über die Entwicklung des Bürgertelefons vorzulegen.
13. im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss über Stand und Perspektiven des Gesundheitsmanagements zu berichten.

Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sascha Aulepp, Max Liess, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD